

# UNSERE WOCHE IM LANDTAG



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

diese Woche hat unsere Staatsregierung **nochmals weitere Lockerungen verkündet**: Seit dem 17. Juni ist der Katastrophenfall beendet und Treffen mit bis zu zehn Personen sind wieder erlaubt. Ab 22. Juni dürfen Hallenbäder, Thermen und Wellnessbereiche öffnen, die Gastronomie darf bis 23 Uhr Gäste bewirten und in Geschäften nun ein Kunde pro 10 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche einkaufen – eine Verdoppelung der möglichen Kundenanzahl. Kunst- und Kulturbetriebe empfangen wieder bis zu 100 Besucher in geschlossenen Räumen und bis zu 200 Gäste im Freien. Veranstaltungen aller Art, wie beispielsweise Hochzeiten, können nun mit 50 Personen innen sowie 100 Besuchern im Freien abgehalten werden. Zu guter Letzt werden dieselben Regeln bei Busreisen wie im ÖPNV implementiert: ein Mindestabstand ist



nicht mehr erforderlich, allerdings gilt eine Maskenpflicht – eine sinnvolle Lösung, um auch Busunternehmen nach der Krise zu stärken. **Wir FREIE WÄHLER im Landtag sind froh, dass wir unsere Forderungen innerhalb der Koalition durchsetzen konnten und so mehr Lockerungen als ursprünglich geplant möglich wurden.**

Wir sehen Bayern weiterhin auf einem guten Weg zwischen Lockerungen und Gesundheitsschutz. Denn nach wie vor müssen wir uns vor einer zweiten Welle, wie sie gerade in Peking, Nordmazedonien sowie dem Iran wütet, in Acht nehmen. Alle vorangegangenen Anstrengungen würden sonst zunichte gemacht. Daher ist es richtig, **weiter besonnen mit der Situation umzugehen**, den Menschen ihren gewohnten Alltag schrittweise zurückzugeben, aber das Coronavirus nach wie vor ernst zu nehmen.






Um in eine »neue Normalität« zu finden, haben wir uns mit **Lehren aus Corona** auseinandergesetzt, die wir nun kontinuierlich in unsere parlamentarische Arbeit einfließen lassen.

### AUF EINEN BLICK: AKTUELLE CORONA-LOCKERUNGEN

#### Seit 17. Juni:

-  Katastrophenfall endet
-  Treffen bis zu 10 Personen erlaubt

#### Ab 22. Juni:

-  Hallenbäder, Thermen & Wellnessbereiche öffnen
-  Gastronomie öffnet bis 23 Uhr
-  ein Kunde / Besucher pro 10 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche  
Kunst & Kultur: 100 Besucher innen & 200 Besucher im Freien erlaubt
-  Veranstaltungen, Vereinssitzungen, Hochzeiten: 50 Besucher innen & 100 Besucher im Freien
-  Busreisen wie ÖPNV

## RÜCKBLICK

Beschäftigt hat uns diese Woche im Maximilianeum ein Dringlichkeitsantrag, den wir bereits vor Pfingsten eingereicht hatten. Wir **FREIE WÄHLER im Landtag wollen darin die Unternehmensbesteuerung modernisieren**. Denn gerade in Zeiten wirtschaftlicher Nachwehen der Corona-Krise ist es dringender denn je geboten, Unternehmen mit Steuersenkungen wirksam zu entlasten. Mit rund 30 Prozent erhebt Deutschland im Vergleich zu anderen EU- und OECD-Staaten einen der höchsten kombinierten Steuersätze für Kapitalgesellschaften. **Daher bedarf es nun eines steuerpolitischen Maßnahmenpakets der Großen Koalition in Berlin, um den Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich aufzuwerten**. Doch nicht nur Kapitalgesellschaften haben wir als Landtagsfraktion im Blick, sondern auch weitere steuerpolitische Felder: So wollen wir mit der schnellen und vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags die Binnenkonjunktur und mit Reformen im Außensteuerrecht sowie bei Abschreibungen die Liquidität von Unternehmen stärken. Der von Bundesfinanzminister Scholz groß angekündigte »Wumms« zur Ankurbelung der Wirtschaft darf sich nicht auf kurzfristige staatliche Konjunkturspritzen beschränken, sondern muss in langfristige Steuerreformen münden. Nur so wird unsere Wirtschaft wieder krisenfest.«

In der Plenarsitzung diese Woche haben wir ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag gestellt: Darin setzen wir uns für ein **Konzept zur Freizeitlenkung insbesondere für die großen staatlichen Gewässer** ein. Denn diese sind wichtige Erholungsgebiete mit hoher Aufenthaltsqualität. Doch an schönen Sommerwochenenden herrscht an Bayerns Seen und Flüssen eine Betriebsamkeit wie auf dem Münch-



ner Viktualienmarkt: Wer etwa zum Walchensee will, dem bieten sich Staus schon vor Kochel, ein überlasteter Kesselberg und vogelwildes Parken am Südufer und selbst in Wohngebieten. **Gerade ökologisch bedeutsame Naturräume ächzten mittlerweile unter Lärm, Müll und Verkehr**. Um empfindliche Bereiche beliebter Landschaftsräume zu schützen und Anrainergemeinden zu entlasten, ist die Einführung von Steuerungsinstrumenten zur Besucherlenkung unumgänglich. Doch wir müssen neben Schutzzonen auch legale Nutzzonen definieren. Nur so kommen wir zu einer gesellschaftlich akzeptierten Lenkung. Wichtig ist, dass ein fairer Interessenausgleich zwischen Freizeitsportlern, Erholungssuchenden und Anwohnern geschaffen wird. Dazu braucht es legale und versicherungsrechtlich klar geregelte Lenkungsmöglichkeiten und die Festlegung sicherheitstechnischer Standards.

Neben Gewässerschutz stand auch der Schutz der Forstwirtschaft auf unserer Agenda. Ebenfalls mit einem Dringlichkeitsantrag wollen wir ein Horrorszenario für Bayerns Kulturlandschaft abwenden. Wir setzen uns für **neue Möglichkeiten zur Mitverbrennung holzartiger Biomasse in Kohlekraftwerken** ein. Dies ist dringend erforderlich, weil sich die Forstwirtschaft in einer der größten Krisen der letzten Jahrzehnte befindet. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, sich beim Bund für die **Förderung eines Ersatzes von Kohle durch stofflich nicht verwertbares Waldschadholz als Energieträger in bayerischen Kohlekraftwerken** einzusetzen. Wegen mangelnder Liquidität und fehlenden Holzabsatzes werden mittlerweile notwendige und

gesetzlich vorgeschriebene Aufarbeitungen von Schadholz und anderen Waldschutzarbeiten zum Erhalt der Wälder oftmals unterlassen. Das führt zu einer massiven Zunahme des Borkenkäferbefalls – mit katastrophalen Auswirkungen, wie wir sie derzeit in Tschechien mit seinen rund 200 Millionen Festmetern abgestorbener Fichtenwälder beobachten können. Für unsere bayerische Kulturlandschaft und die betroffenen Waldbesitzer ist das ein Schreckensszenario. Deshalb müssen wir rasch neue Absatzmöglichkeiten für anderweitig nicht veräußerbares Schadholz finden. Wir finden, Abhilfe kann nur eine energetische Nutzung in unseren Kohlekraftwerken schaffen.



Weiter wollen wir FREIE WÄHLER im Landtag **Photovoltaik-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Ausgleichsbedarf zum Regelfall machen**. Denn ein beschleunigter Zubau von erneuerbaren Energieträgern ist uns FREIEN WÄHLERN äußerst wichtig – **Photovoltaik kommt dabei in Bayern eine besonders wichtige Rolle zu**. Freiflächenanlagen sollen künftig grundsätzlich so geplant und gestaltet werden, dass außerhalb der Anlagenfläche keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen für Kompensationsmaßnahmen in Anspruch genommen werden müssen und die Photovoltaik-Anlage im Hinblick auf die Eingriffsregelung bereits »in sich ausgeglichen« ist. Derartige ökologisch hochwertig gestaltete und gepflegte Anlagen, bei denen Eingriff, Minimierung und Ausgleich auf derselben Projektfläche realisiert werden, leisten schließlich **nicht nur ihren Beitrag zur Energiewende, sondern tragen auch zur Schonung landwirtschaftlich genutzter Flächen bei**. Auf diese Weise entspannen wir nicht nur den Wettbewerb um landwirtschaftliche Nutzflächen und unterstützen unsere Landwirte, sondern kommen auch den **Zielen des Volksbegehrens »Artenschutz« ein entscheidendes Stück näher, indem**

**wir ökologische Energiewende so wie Klimaschutz vorantreiben.**



Am 18. Juni fand eine Expertenanhörung zum Thema »Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Bayern« statt. Denn die Corona-Krise zeigt soziale Schwachstellen wie durch ein Brennglas verstärkt auf – gerade Kinder sind diesen Extremsituationen oft schutzlos ausgeliefert. Die aktuellen Schreckensmeldungen aus Münster und Südbayern unterstreichen die Dringlichkeit des Themas, sodass wir Kinder noch besser vor sexuellem Missbrauch schützen müssen! Deshalb ist die **frühzeitige Stärkung von Familien, gerade in Belastungssituationen, zentraler Bestandteil des bayerischen Gesamtkonzepts zum Kinderschutz**. Dabei umfasst das neue Konzept eine Fülle zusätzlicher Maßnahmen, wie beispielsweise interdisziplinäre Kinderschutzarbeit, Förderung und Ausstattung von Einrichtungen, Akteuren und Institutionen sowie Schaffung von Netzwerken. Wichtig ist dabei, die **körperliche und seelische Unversehrtheit von Kindern sicherzustellen** und deshalb Kinderrechte auch in der Verfassung zu verankern. Durch einen Ausbau der Informations- und Anlaufstellen schaffen wir zudem sichere Häfen für die Kleinsten unserer Gesellschaft. Dies ist auch nötig – schließlich können sich Kinder gegen Bedrohungen am allerwenigsten wehren.



## EIN ERSTER BLICK ZURÜCK

Auch wenn wir noch weit davon entfernt sind, die Corona-Krise als überstanden betrachten zu können, eine erste persönliche Rückschau ist legitim. Was hat sich verändert, wie habe ich Corona bis hierhin erlebt?

Zunächst einmal nicht ausschließlich als Politiker, mich treiben persönlich die gleichen Sorgen um wie jeden anderen Bürger auch. Ich erlebe die Krise als Sohn, der sich um seine 88-jährige Mutter sorgt, die also der Risikogruppe angehört und in besonderem Maße vor einer Ansteckung geschützt werden muss, was aber auch soziale Isolation bedeutet, die für alte Menschen fast so gefährlich sein kann wie das Virus selbst. Ich kenne die Ohnmacht, wenn man nicht mehr tun kann, als der eigenen Mutter so viel wie möglich abzunehmen und Besuche nicht wirklich als sozialer Kontakt gewertet können, weil man weit voneinander entfernt in entgegengesetzten Ecken des Wohnzimmers sitzt und eine Unterhaltung mit Maske ohnehin so gut wie unmöglich ist. Und ich erlebe die Krise als Vater, dessen Söhne zuhause beschult werden müssen und dessen einer Sohn kürzlich an einer Lungenentzündung erkrankte, die einen Corona-Verdacht erst einmal nahelegte – der sich zum Glück nicht bestätigte.

Und genauso sehr wie diese Dinge lagen und liegen mir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger am Herzen. Ich kann alle

ihre Ängste und Sorgen nachempfinden und erhalte dementsprechend deutlich mehr Anfragen als vor Corona, von denen situationsbedingt auch viele drängender sind als davor. Es geht um die Sorge, ob der eigene Arbeitsplatz noch sicher ist und um Existenzsorgen vieler Unternehmen. Aber auch Eltern haben konkrete Sorgen: Wann geht die Schule wieder los? Ab wann macht meine Kita wieder auf? Diese Sorgen bestehen fort und in dieser Situation ist es für Politiker nicht leicht, den Menschen klarzumachen, dass angesichts der Pandemie keine langfristigen Zeitpläne möglich sind. Als Verantwortungsträger hat man keine andere Wahl, als auf Sicht zu fahren.

Verändert hat sich auch die Art des Arbeitens selbst. Homeoffice und Video-Konferenzen – beides gewöhnungsbedürftig und mit viel Aufwand und Organisation verbunden. Ich habe viel Zeit, vom Fraktionsvorstand über den Ältestenrat bis zum Landtagspräsidium, in Video-Konferenzen verbracht. Gesetze mussten gerade in der Krise ungewöhnlich schnell erlassen, aber nach wie vor in Präsenz-Sitzungen erarbeitet und verabschiedet werden. Als Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses und der Krisenbesetzung unserer Fraktion ergab sich da – vorsichtig ausgedrückt – ein sehr »verdichtetes Arbeiten«.

Bemerkenswert finde ich abschließend, dass die Menschen alle Einschränkungen und Verbote in bewundernswerter Weise mitgetragen haben. Nur jetzt, da immer mehr Lockerungen möglich werden, werden viele ungeduldig, was – mit Blick auf jüngste Infektionsausbrüche in anderen Bundesländern – gefährlich ist, denn auch bei uns ist die scheinbare Sicherheit äußerst fragil.

## IMPRESSUM

**ALEXANDER HOLD** (v.i.Sd.P.)    Telefon 0831 9909 3001  
Salzstraße 12    alexander.hold@fw-landtag.de  
87435 Kempten    www.alexander-hold.de